

Infokarten **Atomrecht**

Juristinnen und Juristen
bringen Licht in den
Paragrafendschlingel

Schutzziele und Sicherheitskriterien

Atomgesetz (AtG, §1.2 und §1.3),

Zweck dieses Gesetzes ist,

- Leben, Gesundheit und Sachgüter vor den Gefahren der Kernenergie und der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlen zu schützen und durch Kernenergie oder ionisierende Strahlen verursachte Schäden auszugleichen,
- zu verhindern, dass durch Anwendung oder Freiwerden der Kernenergie oder ionisierender Strahlen die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet wird.

Strahlenschutzverordnung (StrlSchV)

- Vermeidung jeder unnötigen Strahlenexposition oder Kontamination von Mensch und Umwelt.
- Die Strahlenexposition ist auch unterhalb der Grenzwerte so gering wie möglich zu halten.

Solche Schutzziele wurden auch international benannt, beispielsweise von der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO).



Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle (BMU 2010)

- Die wärmeentwickelnden Abfälle müssen konzentriert und eingeschlossen und damit möglichst lange von der Biosphäre ferngehalten werden (Isolation über einen Zeitraum von mindestens 1 Million Jahre).
- Die Endlagerung muss sicherstellen, dass Freisetzungen radioaktiver Stoffe langfristig die aus der natürlichen Strahlenexposition resultierenden Risiken nur sehr wenig erhöhen.
- Die Endlagerung darf die Artenvielfalt nicht gefährden.
- Die anderweitige Nutzung der natürlichen Ressourcen darf nicht unnötig eingeschränkt werden.
- Die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt dürfen außerhalb Deutschlands nicht größer sein als innerhalb.
- Zur Vermeidung unzumutbarer Lasten und Verpflichtungen für zukünftige Generationen ist das Endlager so zu errichten und so zu betreiben, dass für den zuverlässigen langfristigen Einschluss der radioaktiven Abfälle in der Nachverschlussphase keine Eingriffe oder Wartungsarbeiten erforderlich werden. Außerdem ist eine möglichst zügige Errichtung des Endlagers zu realisieren.



Bild: Öko-Institut e.V.

Atomrecht: Beteiligte an Gesetzgebung und Umsetzung

Die Gesetzgebungskompetenz für die Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken liegt laut **Grundgesetz** (GG) beim Bund. Auch die Weiterentwicklung des Atomrechts ist eine Aufgabe des Bundes. Die Länder werden abhängig vom Regelungsgegenstand im Verfahren beteiligt. → Art. 71 und 73 GG

Die Ausführung des **Atomgesetzes** (AtG) und der hierauf basierenden Rechtsverordnungen erfolgt durch Behörden des Bundes und der Länder, wobei viele Vollzugsaufgaben durch die Länder im Auftrag des Bundes erfolgen. → § 22-24 AtG. Dabei unterliegen die zuständigen Landesbehörden hinsichtlich der Recht- und Zweckmäßigkeit ihres Handelns der Aufsicht durch den Bund. → Art. 85 GG

Zulassungsverfahren Endlager

Im Rahmen atomrechtlicher Zulassungsverfahren werden Genehmigungen aus anderen Rechtsgebieten eingeschlossen, z.B. das Immissionsschutzrecht, das Baurecht und die Prüfung der Umweltverträglichkeit. Separat werden Genehmigungen nach Wasserrecht und Bergrecht erteilt. -> § 9b AtG

Entscheidungen der öffentlichen Verwaltung, sogenannte Verwaltungsakte, können in Deutschland von Betroffenen, z.B. dem Betreiber oder den Anwohnern einer Anlage, auf dem Verwaltungsweg beklagt werden (Rechtsweggarantie) -> Art. 19 Abs. 4 GG

Atomrecht: Hierarchie der Gesetzgebung

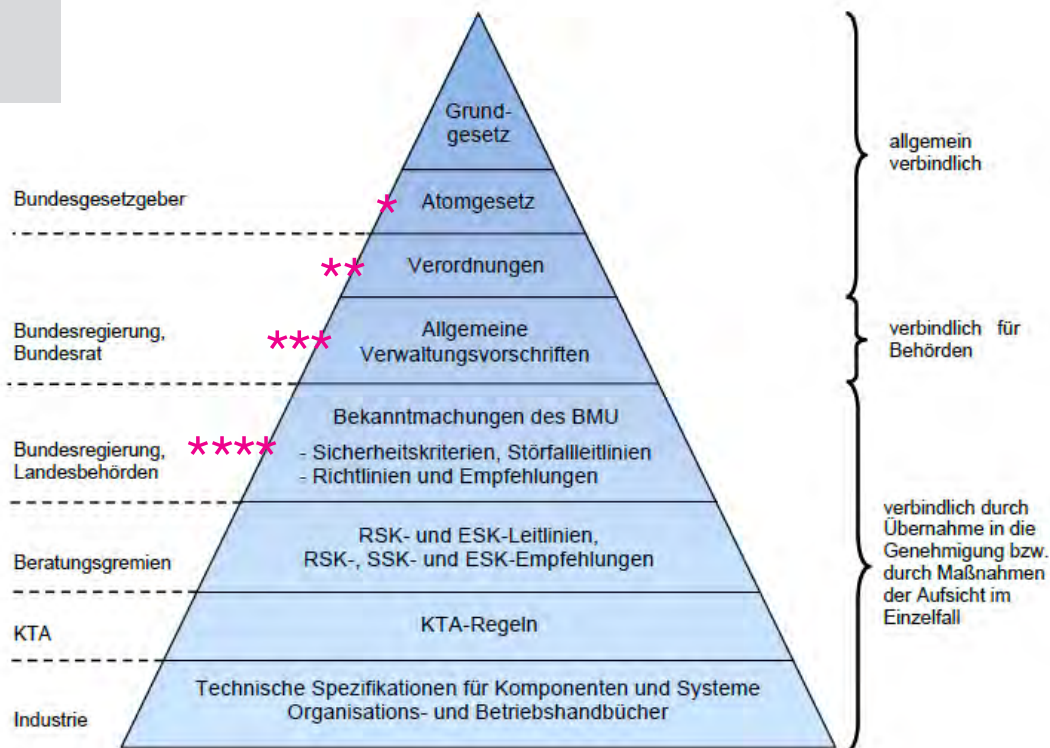
RSK Reaktor-Sicherheitskommission
ESK Entsorgungskommission
SSK Strahlenschutzkommission
KTA Kerntechnischer Ausschuss

*
z.B. Standort-
auswahlgesetz

**
z.B. Strahlen-
schutzverord-
nung

z.B. AVV
Strahlenpass

z.B. Sicherheits-
anforderungen



Quelle: Gemeinsames Übereinkommen über die Sicherheit der Behandlung abgebrannter Brennelemente und über die Sicherheit der Behandlung radioaktiver Abfälle, Bericht zur vierten Überprüfungskonferenz, BMU 2011

Multilaterale Vereinbarungen

Deutschland hat verschiedene **Vereinbarungen mit anderen Nationen** in den Bereichen nukleare Sicherheit, Strahlenschutz und Nuklearhaftung unterzeichnet, an die es sich zu halten hat. Die Entsorgung radioaktiver Abfälle betreffen:

- *London Dumping Convention (1972) verbietet die Versenkung aller radioaktiver Abfälle im Meer*
- *Das gemeinsame Übereinkommen über die Sicherheit der Behandlung abgebrannter Brennelemente und über die Sicherheit der Behandlung radioaktiver Abfälle (1997)*

Umsetzung von EU-Recht

Bei Gesetzgebung und Verwaltungstätigkeit sind in Deutschland die bindenden Vorgaben aus den Regelungen der Europäischen Union zu beachten.

Allerdings findet das EU-Recht keine unmittelbare Anwendung in nationalen atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren, sondern muss zunächst innerhalb bestimmter Fristen in nationales Recht umgesetzt werden. Für die Entsorgung radioaktiver Abfälle besonders wichtig:

- *Richtlinie 2011/70/EURATOM des Rates über einen Gemeinschaftsrahmen für die verantwortungsvolle und sichere Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle (2011)*

Mit **EURATOM-Richtlinien** werden verbindliche Regelungen für EU Staaten und damit einheitliche Sicherheitsstandards geschaffen.

Richtlinie 2011/70/EURATOM

Die Richtlinie schafft einen EU-weiten Rechtsrahmen für die Entsorgung radioaktiver Abfälle. Die Mitgliedsstaaten müssen alle drei Jahre über Stand und Fortschritte berichten:

Alle Staaten müssen einen nationalen Gesetzes-, Vollzugs- und Organisationsrahmen schaffen.

Bis August 2015 müssen die Mitgliedstaaten nationale Entsorgungsprogramme vorlegen (Technisches Konzept, Meilensteine, Zuständigkeiten, Kosten und Finanzierungsregeln). Dabei müssen ALLE radioaktiven Abfälle betrachtet werden.

Mit dem Genehmigungsantrag für eine Anlage oder Tätigkeit zur Entsorgung ist ein Sicherheitsnachweis über Betrieb und Stilllegung, bzw. Verschluss- und Nachbetriebsphase vorzulegen.

Die Sicherheit der Entsorgung muss durch eine unabhängige Regulierungsbehörde kontrolliert werden (z.B. organisatorische Trennung von Endlagerbetreiber und Regulierungsbehörde).

Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, nationale Vorschriften zur Information und effektiven Beteiligung der Öffentlichkeit zu entwickeln.

Grundsätzlich sollen radioaktive Abfälle in dem Mitgliedstaat entsorgt werden, in dem sie entstanden sind. ABER daneben besteht auch die Möglichkeit, diese in anderen Mitgliedstaaten der EU oder Drittstaaten zu entsorgen. Dieser neue Punkt ist umstritten und wird von manchen als Rückschritt bewertet. Deutschland hat diese Möglichkeit jedoch ausgeschlossen (§1 Standortauswahlgesetz).

Geschichte des Atomgesetzes hierzulande

1959 Ausfertigung des ersten Atomgesetzes.

1972 Erst nach juristischem Protest gegen das Kernkraftwerk in Würgassen wird der Schutz vor den Gefahren der Kernenergie als vorrangiges Ziel – vor der friedlichen Nutzung der Kernenergie – im Atomgesetz festgeschrieben.

2002 Der Ausstieg aus der Kernenergie wird auf Betreiben der rot-grünen Koalition ins Atomgesetz geschrieben.

2010 Die schwarz-gelbe Koalition verlängert die Laufzeiten bis zum Ausstieg.

2011 Nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima werden die Laufzeiten der Kernkraftwerke wieder verkürzt. Für die sieben ältesten deutschen Atomkraftwerke sowie für das umstrittene Kernkraftwerk Krümmel erlosch die Berechtigung zur Stromerzeugung mit Inkrafttreten des Gesetzes.

Deutsches Atomgesetz

§ 9a Die Abfallverursacher sind für die sichere Entsorgung ihrer Abfälle verantwortlich (Verursacherprinzip). Die Verantwortung für die Errichtung eines Endlagers trägt der Bund.

§ 9b Legt den Umfang des Zulassungsverfahrens fest und schließt andere Genehmigungen und Bewilligungen mit Ausnahme von Wasserrecht und Bergrecht ein.

§ 9d & § 9e Für Errichtung und Betrieb eines Endlagers ist die Enteignung unter bestimmten Voraussetzungen zulässig.

Kritische Stimmen in Deutschland beanstanden, dass mit der Verantwortung des Bundes für die Endlagerung die Betreiber von Atomkraftwerken aus der Verantwortung genommen werden. In anderen Ländern wiederum wird kritisiert, dass mehr auf die Kosten und weniger auf die Sicherheit geschaut wird, wenn der Abfallverursacher das Endlager baut.

Was meint ihr?



Zuständigkeiten bei der Endlagersuche

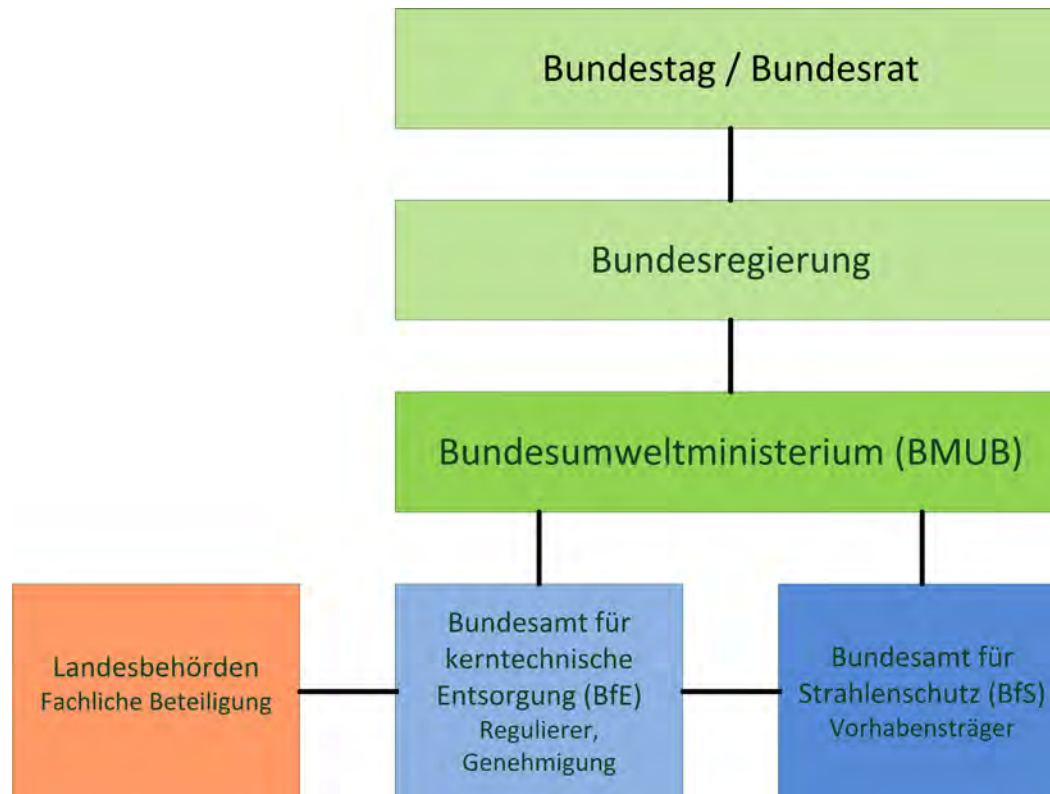


Bild: Öko-Institut e.V.

Zuständigkeiten der Ämter und Behörden bei der Endlagersuche

Bundesamt für Strahlenschutz (BfS)

- Ist verantwortlich für die Planung, Errichtung und den Betrieb von Endlagern.
- Kann Aufgaben auf Dritte übertragen, z.B. beim Betrieb von Asse, Morsleben und Konrad, Überwachung durch BfS.
- Setzt das Standortauswahlverfahren für die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Stoffe als Vorhabensträger um.

Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE)

- Ist verantwortlich für die Planfeststellung und Genehmigung von Endlagern.
- Erteilt bergrechtliche Zulassungen.
- Hat die Bergaufsicht nach §§ 69-74 BbergG.
- Erteilt wasserrechtliche Erlaubnisse.
- Legt standortbezogene Erkundungsprogramme und Prüfkriterien fest.
- Bereitet die Standortentscheidung vor.
- Macht aktive Öffentlichkeitsarbeit und führt die formale Öffentlichkeitsbeteiligung durch.

Landesbehörden

- Haben Genehmigungsaufgaben bis zur Inbetriebnahme Endlager Konrad und bis zur Stilllegungsgenehmigung Morsleben.
- Kooperieren fachlich.
- Geben Kompetenzen an das BfE ab.

„Hier erwarte ich Kompetenzkonflikte“
schrieb eine Teilnehmerin an unserer Unterrichtstestreihe.

Aufgaben im Standortauswahlverfahren sind: Erstellung von Erkundungsprogrammen und Prüfkriterien, Durchführung der Erkundung, Erstellung von vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen, Standortvorschläge.

Das neu zu gründende Bundesamt ist der Regulierer im Verfahren. Es übernimmt alle Genehmigungsaufgaben einschließlich der Erteilung der bergrechtlichen und wasserrechtlichen Zulassungen. Diese Aufgaben lagen bisher bei den Ländern.

Die obersten Landesbehörden geben nach und nach ihre Zuständigkeiten bei der Genehmigung von Endlagern ab. Dies gilt sowohl für das neu zu suchende Endlager als auch für das Endlager Konrad, das im Bau ist, und das Endlager Morsleben, das sich in Stilllegung befindet.

Blick auf die Zuständigkeiten der Ämter und Behörden bei der Endlagersuche

„Das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung soll jetzt schon loslegen, statt zu warten, bis die Kommission das Gesetz evaluiert hat, in dem ja die Einrichtung dieses Amtes geregelt ist. Was, wenn die Evaluation ergibt, dass das Amt ganz anders aussehen soll und es dann schon längst loslegt und Fakten geschaffen hat?“

(Jochen Stay, .ausgestrahlt, Vortrag auf der Veranstaltung: Jahrhundertaufgabe Atommüllendlagerung, 16.01.2014)

„Die Bundesländer werden entmachtet und es entsteht eine neue ‚Superbehörde‘ mit weit reichenden Kompetenzen auch in Fragen des Gewässerschutzes und des Bergrechts.“

(Deutscher Naturschutzring, 31.5.13)

Ziele des Standortauswahlgesetzes

Im Juli 2013 wurde das Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für wärmeentwickelnd radioaktive Abfälle und zur Änderung anderer Gesetze (Standortauswahlgesetz – StandAG) erlassen.

- Auswahl eines Endlagerstandorts für insbesondere hochradioaktiven Abfall in einem transparenten und wissenschaftsbasiertem Verfahren.
- Der Standort muss geeignete Bedingungen für ein Endlager bieten und Mensch und Umwelt vor der gefährlichen Wirkung hochradioaktiver Stoffe schützen → bestmögliche Sicherheit für eine Million Jahre!
- Ergebnisoffene Suche, keine Vorfestlegung durch Ausschluss von Standorten (auch nicht Gorleben).
- Keine Endlagerung außerhalb Deutschlands.

„Das Gesetz sei im Laufe des parlamentarischen Verfahrens besser geworden, lobte Umweltminister Altmaier. Als Beispiele nannte er die stärkere Bürgerbeteiligung, den individuellen Rechtsschutz sowie die Stärkung der Wissenschaft. Er zeigte sich zufrieden, dass wir jetzt das beste Endlager suchen und nicht eines, das die Politik favorisiert“. (Das Parlament 1.7.2013)

*„Für die Jahrtausendaufgabe der Atommüll-lagerung, die noch Generationen beschäftigen wird, gab es vor der Verabschiedung des Gesetzes keine dringend notwendige breite gesellschaftliche Debatte über Vorgehensweise und Kriterien. Die erforderliche breite Diskussion wurde in die Kommission verlagert, in der die Bevölkerung nicht beteiligt ist. (...) Der politisch nicht akzeptierte und wissenschaftlich als ungeeignet nachgewiesene Standort Gorleben bleibt bei der Endlager-suche weiterhin einbezogen.“
(Deutscher Naturschutzring, PM 20.12.13)*

Aufgabe der Kommission: Prüfung des Standortauswahlgesetzes

„Die Kommission entwickelt den Beratungsplan und die Beratungsinhalte im Rahmen des Gesetzes selbst. Insoweit ist es möglich, dass die Kommission frühzeitig das Gesetz evaluiert und bereits während des Prozesses Anregungen an den Gesetzgeber gibt, damit über eine Anpassung bzw. Novellierung des Gesetzes entschieden werden kann.“

„Zentral ist die Aussage im StandAG, Beschlüsse der Kommission möglichst im Konsens anzustreben (§ 3 Absatz 5 StandAG). Mit dieser Regelung kommt zum Ausdruck, dass jede Mehrheitsentscheidung, die wichtige Akteure in der Auseinandersetzung um die Nutzung und der Folgen der Kernenergie übergeht, die Gefahr neuer Widerstände in sich birgt. ... Nur ein breiter gesellschaftlicher Konsens bietet die Gewähr, dass ein Standort gefunden und generationenübergreifend weitestgehend akzeptiert wird.“
(aus Antrag an den Deutschen Bundestag zur Bildung der Kommission)

Vorschläge zu:

- Entscheidungsgrundlagen wie Sicherheitsanforderungen, Ausschlusskriterien, geologische Mindestanforderungen, wirtsgesteinsspezifische Kriterien für Salz, Ton und Kristallin, wirtsgesteinsunabhängige Abwägungskriterien, Methodik für Sicherheitsuntersuchungen
- Kriterien zur Fehlerkorrektur einerseits im Standortauswahlverfahren, andererseits bei der Lagerkonzeptionierung (Rückholung, Bergung, Wiederauffindbarkeit der radioaktiven Abfälle)
- Alternativen zur Endlagerung
- Anforderungen an die Organisation und das Verfahren des Auswahlprozesses und für die Prüfung von Alternativen
- Anforderungen an die Beteiligung und Information der Öffentlichkeit

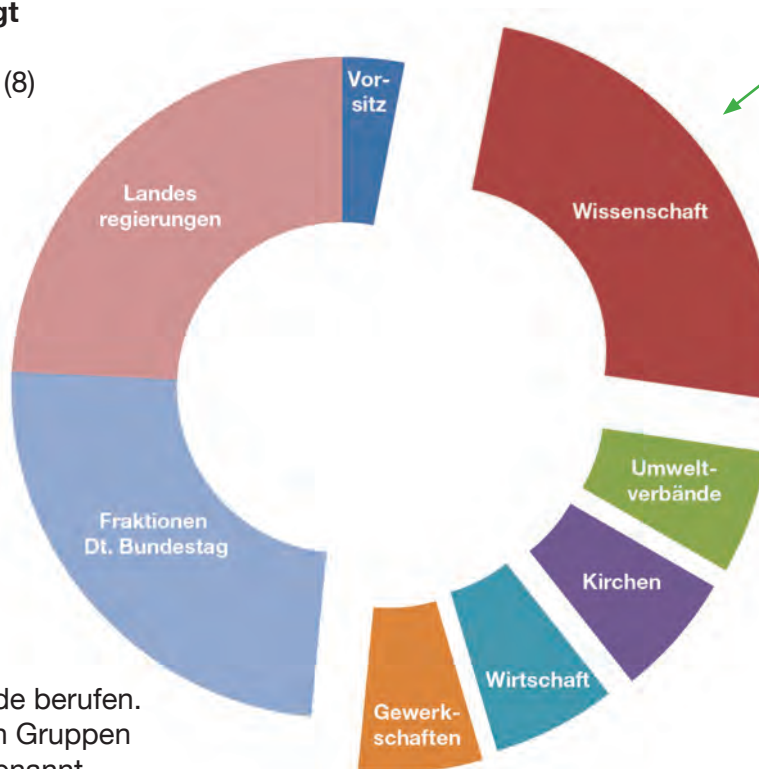
Kommission zur Lagerung hochradioaktiver Abfälle

Nicht stimmberechtigt

Vorsitz (Doppelspitze)
Fraktionen Bundestag (8)
Landesregierungen (8)

Stimmberechtigt

Wissenschaft (8)
Umweltverbände (2)
Kirchen (2)
Wirtschaft (2)
Gewerkschaften (2)



„Ich habe die Hoffnung, dass die (...) Kommission, in der die Anzahl der Wissenschaftler erhöht- und den Politikern das Stimmrecht entzogen wurde (...) ihrem Auftrag – das Gesetz zu überprüfen und das Standortauswahlverfahren vorzubereiten – gerecht werden kann. Einen Versuch ist es wert.“
(Rebecca Harms, EU Parlament)

Die Umweltverbände haben hinsichtlich einer Beteiligung lange gezögert. Der BUND und die Deutsche Umwelstiftung sind nun bereit, ihre Erfahrungen in die Kommission einzubringen.

Stand Mai 2014

- Die Kommission wurde berufen.
- Die gesellschaftlichen Gruppen haben ihr Personal benannt.
- Arbeitsbeginn: Mai 2014.

Bild: Öko-Institut e.V.

Ablauf des Verfahrens nach dem Standortauswahlgesetz 2013

0. Bildung der Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe (§§ 3-5)

- Anforderungen an das Auswahlverfahren entwickeln
- Entwicklung von Entscheidungsgrundlagen (Kriterien, Abwägungsprozesse)
- Untersuchung von Alternativen
 - Bewertung des Standortauswahlgesetzes

1. Auswahl der Standorte für übertägige Erkundung (§§ 13-14)

- Ausschluss ungünstiger Gebiete auf Basis von Ausschlusskriterien
- Vorläufige Sicherheitsuntersuchungen für geeignete Standorte
- Auswahl von Standorten für übertägige Erkundung
 - per Gesetz beschlossen

2. Auswahl der Standorte für untertägige Erkundung (§§ 15-17)

- Übertägige Erkundung der festgelegten Standorte
- Weiterentwicklung der vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen
- Auswahl von Standorten für untertägige Erkundung
 - per Gesetz beschlossen

3. Standortentscheidung (§§ 18-20)

- Untertägige Erkundung der festgelegten Standorte
- Erstellung umfassender vorläufiger Sicherheitsuntersuchungen
- Entwicklung eines Standortvorschlags
 - Gesetz über Standortentscheidung

Von Schritt zu Schritt wird die Anzahl der zu erkundenden Standorte geringer. Wie viele Standorte erkundet werden sollen, wurde nicht festgelegt.

Standortauswahlgesetz 2013

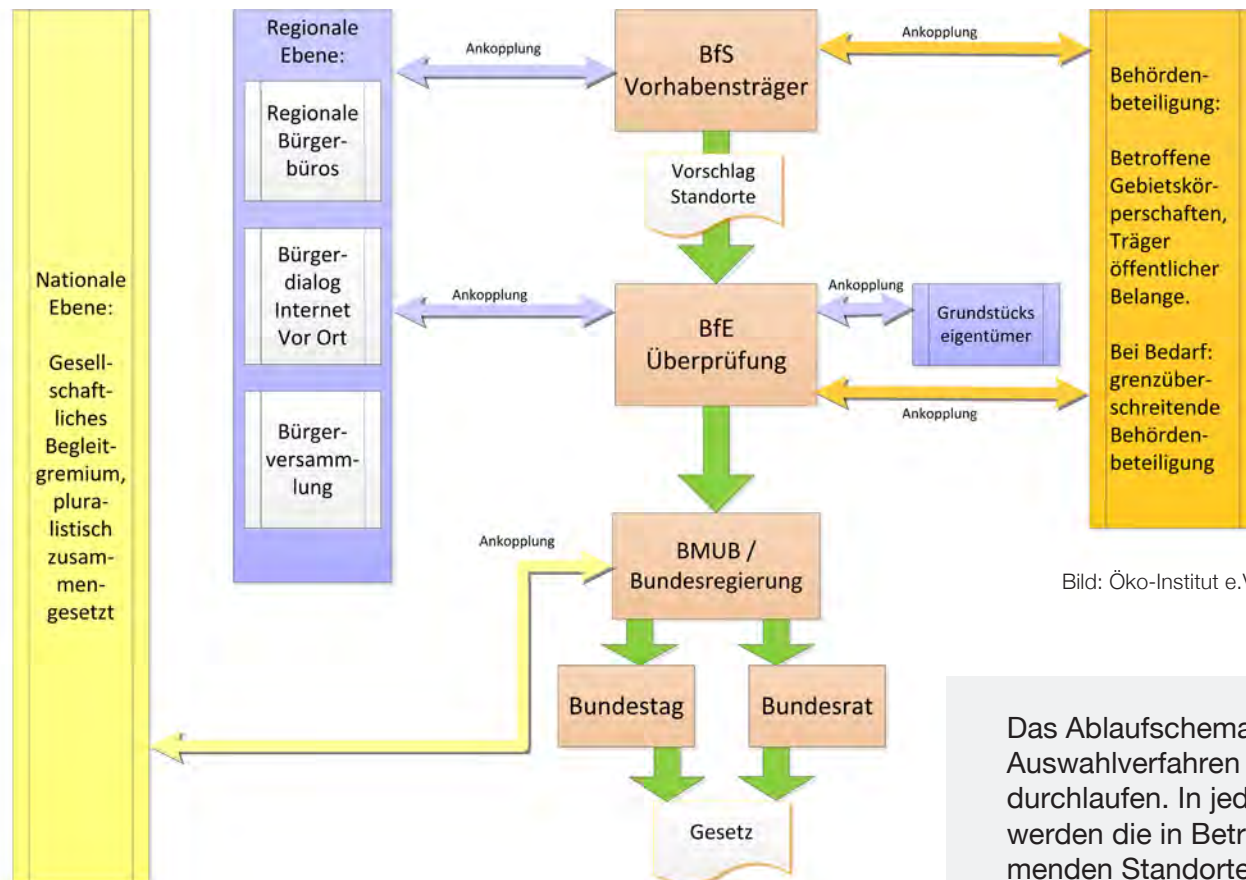


Bild: Öko-Institut e.V.

Das Ablaufschema wird im Auswahlverfahren mehrmals durchlaufen. In jeder Stufe werden die in Betracht kommenden Standorte weiter eingegrenzt.

Podiumsdiskussion zum Standortauswahlgesetz – November 2013

Bereits in den einleitenden Statements zur persönlichen Einschätzung des Standortauswahlgesetzes zeigen sich erhebliche Unterschiede in der Bewertung. Sie reichen von „revolutionär“ bis „kleinster gemeinsamer Nenner“.

- Frau Kotting-Uhl betont, das Standortauswahlgesetz sei das Beste unter schlechten Umständen erreichbare.
- Frau Schönberger spricht hingegen von einem „Schnellschuss“, insbesondere, da mit den Bürgerinnen und Bürgern nicht im Vorfeld gesprochen worden und das Gesetz das Ergebnis von parteipolitischen Kompromissen sei. Besondere Sorge bereitet ihr die Machtfülle beim neu zu schaffenden Bundesamt für kerntechnische Entsorgung.
- Ebenfalls skeptisch gegenüber der Verabschiedung des neuen Gesetzes ohne vorherige öffentliche Debatte äußert sich Prof. Lux, verweist aber darauf, dass ein historisch günstiges Zeitfenster genutzt wurde. Unter den heutigen politischen Randbedingungen wäre evtl. gar kein derartiges Gesetz mehr zustande gekommen. Allerdings vermisst er in dem neuen Gesetz den Aspekt der Beteiligungsbereitschaft, der beim AkEnd noch eine große Rolle gespielt hat. Diese mit Projekten zur Regionalentwicklung zu koppeln wäre seiner Meinung nach eine Chance gewesen, für größere Akzeptanz in der Bevölkerung zu werben.
- Aus rechtlicher Sicht stellt das Gesetz für Dr. Smeddinck einen deutlichen Schritt nach vorn dar. Die Bewegung der Politik bewertet er eher positiv und betont, dass das Gesetz durchaus das Potential hat, die Realisierung des bisher nicht durchführbaren Projekts „nukleare Entsorgung“ zu ermöglichen.
- Dr. Hocke ist eine differenzierte Betrachtung des Gesetzes hinsichtlich „modernes Regierens“ wichtig. Einerseits wird der Stagnation bei der Standortsuche begegnet, andererseits bleibt seiner Meinung nach das Gesetz eine „Vision“ schuldig und es bleiben viele Fragen offen.
(Pressemitteilung von ENTRIA, 06.12.2013)

Quelle: Pressemitteilung des Veranstalters ENTRIA (wörtlich zitiert)

Personen: Sylvia Kotting-Uhl, MdB, atompolitische Sprecherin der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“; Ursula Schönberger, Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V., Salzgitter; PD Dr. Ulrich Smeddinck, Lehrstuhl Staats- und Verwaltungsrecht sowie Verwaltungswissenschaften, TU Braunschweig; Dr. Peter Hocke, Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) am KIT, Karlsruhe; Prof. Dr.-Ing. Karl-Heinz Lux, Lehrstuhl für Deponietechnik und Geomechanik, TU Clausthal

Eine Idee für Sicherheitsnachweise:

A) Sicherheitsanforderungen nach BMU 2010

Mit Sicherheitsnachweisen ist zu belegen, dass ein Endlager einschließlich der Anlagen an der Erdoberfläche in jedem Betriebszustand sicher ist. Eine Anlage ist sicher, wenn die Anforderungen wie z.B. Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung eingehalten werden. Diese gelten für den normalen Betrieb und für festgelegte Auslegungstörfälle, wie z.B. Brand oder Behälterabsturz. Besondere Bedeutung hat der Langzeitsicherheitsnachweis mit dem die Sicherheit des Endlagers für eine Million Jahre nachgewiesen werden muss. Über Modellierungen müssen Aussagen zur langzeitigen Wirksamkeit des einschlusswirksamen Gebirgsbereiches getroffen werden (z.B. keine Wasserundichtigkeit), zum Einhalten heutiger Grenzwerte für Radioaktivität, zur Unempfindlichkeit technischer Komponenten gegenüber verschiedenster Einflüsse und Störungen und im Endlager darf keine Kettenreaktion entstehen. Auch beim Langzeitsicherheitsnachweis sind sowohl wahrscheinliche als auch weniger wahrscheinliche Entwicklungen zu berücksichtigen.



Bild: Öko-Institut e.V.

Eine Idee für Sicherheitsnachweise: B) Szenarienbetrachtung gemäß Vorschlag AkEnd 2002

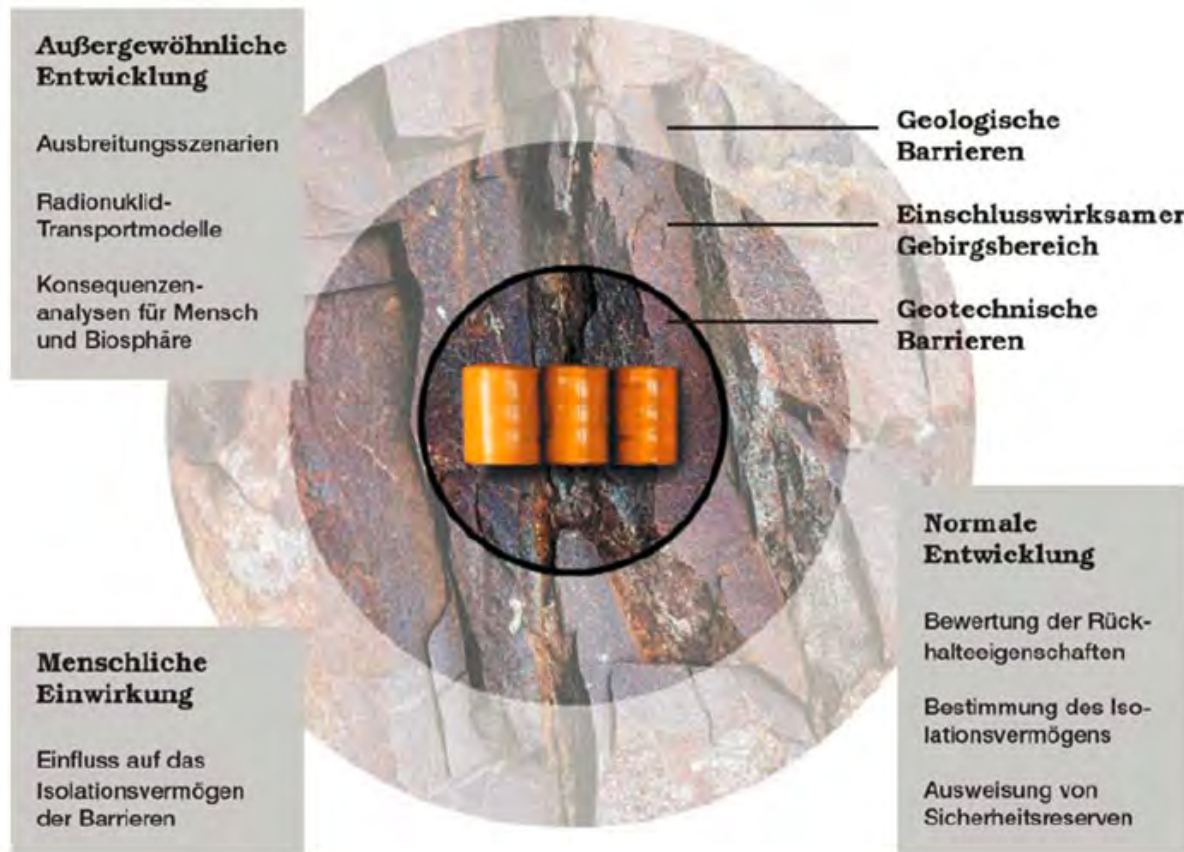


Bild: AkEnd

Abwägung von Kriterien und Anforderungen

Die Auswahl eines Endlagerstandortes muss anhand nachvollziehbarer Mindestanforderungen und Ausschlusskriterien im Hinblick auf die Sicherheit des zukünftigen Endlagers erfolgen. Darüber hinaus werden weitere Eigenschaften eines Standortes anhand von Anforderungen zu bewerten sein. Ziel ist, den Standort zu finden, der bestmögliche Sicherheit bietet. Dafür ist zu klären, welche Standorteigenschaft als besser gegenüber einer anderen Eigenschaft einzustufen ist.

Neben konkreten Standorteigenschaften ist in die Bewertung auch die Bedeutung einer Region, beispielsweise für die Wirtschaft oder den Naturschutz, einzubeziehen. Auch dafür ist festzulegen, was als wie relevant einzustufen ist. Schließlich sind diese verschiedenen Aspekte nachvollziehbar gegeneinander abzuwägen. Da dies immer die Entscheidung für oder gegen eine Sache nach sich zieht, sind dafür vorher Abwägungskriterien festzulegen.

Es wird Aufgabe der Kommission sein, für Anforderungen, Abwägungskriterien und Entscheidungsgrundlagen Empfehlungen auszusprechen, die dann in ein Gesetz zu gießen sind. Der AkEnd schlug 2002 beispielsweise als planungswissenschaftliche Ausschlusskriterien Naturschutzgebiete, Wasserschutzgebiete Zone I und II sowie Überschwemmungsgebiete vor. Andere Nutzungen wie z.B. Erholungsgebiete oder Vorranggebiete für Infrastruktur sind dagegen einer Abwägung zu unterziehen.



Bilder: Draeger / UfU